

Der Minister
der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-
Angelegenheiten.

22/1
Berlin W. 64. den 18. Oktober 1902.

U I . Nr. 23951.

Eg. 20/10 02
D. Meyer

22/1
Mit Bezug auf die Verhandlungen, betreffend
die Annahme der Reiff'schen Kunstsammlung für die dor-
tige Technische Hochschule und die Erbauung eines
Kunstmuseums zur Unterbringung der Sammlung.

Wenn auch nicht verkannt werden soll, dass der
Besitz der Sammlung für die Technische Hochschule einen
gewissen Werth hat, so muss doch bedacht werden, dass
die Einrichtung und Erhaltung derartiger Kunstmuseen
ausserhalb der Aufgabe der Technischen Hochschulen liegt.
Diese Aufgaben ^{sind} aber schon so ausgedehnt und erweitern
sich fortdauernd und unaufhaltsam in so hohem Masse,
dass dringende Veranlassung gegeben ist, die durch die
eigentliche Zweckbestimmung der Technischen Hochschulen
gezogenen Grenzen inne zu halten und darüber hinausgehen-
de Ausgaben zumal in einer Zeit zu vermeiden, in der
die allgemeine Finanzlage des Staates die Unterlassung
oder Zurückstellung sehr wichtiger Forderungen auch für
die Technischen Hochschulen nothwendig verlangt.

Unter solchen Umständen würde, wie ich nach
Benehmen mit dem Herrn Finanz - Minister bemerke, die
Bereitstellung von Staatsmitteln für den angegebenen

An

Zweck

den Herrn Rektor und den Senat
der Königlichen Technischen Hochschule

in

Zweck nur dann in Frage kommen können, wenn die Stadt Aachen, der Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit und die Aachen - Münchener Feuerversicherungs- Gesellschaft daselbst sich in erheblich höherem Masse an der Aufbringung der Kosten beteiligten, als bisher von ihnen zugesagt worden ist. Eine weitere Voraussetzung wäre dabei, dass ^{das} städtische Grundstück von vornherein in ganzer Ausdehnung und nicht bloss in dem für das Museum erforderlichen Umfange erworben wird. Hiernach würde sich der Gesamtaufwand stellen, wie folgt:

1. die Kosten des städtischen Grundstückes	
auf	96000 M.
2. die eigentlichen Baukosten auf	150000 M.
3. die Kosten der inneren Einrichtung und	
der Aussenanlagen auf	<u>44000 M.</u>
	zusammen 290000 M.

Nach den früheren Verhandlungen war lediglich die Aufwendung eines Betrages von 100 000 M. aus Staatmitteln für das Museum in Aussicht genommen. Für den Fall, dass eine Erhöhung desselben bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht angänglich ist, würde von der Stadt und den beiden Vereinen ein Beitrag von 190 000 M. aufzubringen sein. Sollte sich herausstellen, dass der Gesamtaufwand unter der Summe von 290 000 M. zurückbleibt, so würde der Beitrag der drei Beteiligten entsprechend

sprechend zu ermässigen sein. Im Uebrigen wäre es eventuell nicht erforderlich, dass die Stadt und die beiden Vereine im nächsten Jahre ihren Beitrag voll einzahlen, sondern es könnte die Zahlung je zur Hälfte auf zwei Jahre vertheilt werden.

Jch habe den dortigen Herrn Regierungs-Präsidenten ersucht, unter Zuziehung des Herrn Rektors alsbald mit der Stadt und den beiden Vereinen darüber in Verhandlung zu treten, ob sie bereit sind, den vorstehend genannten Kostenantheil zu übernehmen oder wenigstens die früher zugesagten Beiträge von je 30 000 M. erheblich zu erhöhen und eventuell bis auf welchen Betrag.

Da die Vorbereitungen für den nächstjährigen Staatshaushalts- Etat in nächster Zeit abgeschlossen werden sollen, ist die grösste Beschleunigung geboten. Den Herrn Rektor ersuche ich, Sich schleunigst wegen der erforderlichen Schritte mit dem Herrn Regierungs-Präsidenten in Verbindung zu setzen.

J. Müller